

# Vorläufiger Forderungskatalog:

## Freie und kritische Bildung für alle

Wie wir in dem vorliegenden Forderungspapier darlegen werden, ist die momentane Studiensituation an der Universität Bremen untragbar. Die Universität sollte nach unserem Ideal von Bildung ein Ort sein, an dem ein Diskurs darüber geführt wird, wie unsere Gesellschaft seinen Idealen von Demokratie und Selbstverwirklichung in einem pluralistischen Rahmen entsprechen kann. An der Universität, wie auch an allen anderen Bildungsstätten sollte Partizipation an den politischen, kulturellen und sozialen Entwicklungen und Entscheidungsprozessen ein tragender Bestandteil der Lehre sein, um als Menschen nach dem Erhalt eines Abschlusses nicht nur mit einem Stück Papier da zu stehen, sondern vielmehr bereit zu sein, einen wertvollen Beitrag für eine bessere Welt im Sinne unserer geteilten Werte von Menschlichkeit zu leisten. Stattdessen scheint das Studium durch die Wirtschaft instrumentalisiert zu sein, um möglichst zügig Absolventen am Fließband zu produzieren, denen keine Zeit zur Reflektion und zum Hinterfragen gelassen wird.

Dies ist eine vorläufige Liste von Zusammenfassungen einiger fächerübergreifender Forderungen der Studierendenproteste an der Bremer Universität, deren Erfüllung helfen würde, die herrschenden Missstände anzugehen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, jedoch wollen wir mit ihrer Veröffentlichung über unsere Fortschritte informieren und den derzeitigen Entscheidungsträgern unsere Gesprächsbereitschaft signalisieren. Deshalb stellen wir hier nicht nur Forderungen, sondern legen auch dar, warum es im Interesse aller ist oder sein sollte, diese durchzusetzen. Weiterhin machen wir Vorschläge und zeigen Alternativen auf – andere Unistrukturen sind nicht nur denkbar, sie sind auch machbar! Was wir hier also beanspruchen und fordern, ist Mitbestimmung, die von der gesamten Studierendenschaft regelmäßig ausgehen sollte – so hätten viele der aufgetretenen Probleme vermieden werden können.

Seit einem offenen Plenum am Dienstag, den 24.11.2009 haben wir zwei Räume im GW2 (B2900 und B2890) besetzt:

Wir nehmen uns diesen Raum, weil wir ihn brauchen um basisdemokratisch und gleichberechtigt für die Verbesserung unserer Situation als Studierende zu arbeiten. Auch du kannst dich einbringen, schau doch einfach mal vorbei, zum Plenum, zur Volksküche (auf Spendenbasis lecker essen) oder arbeite in einer der zahlreichen AGs mit. **Deine Uni braucht dich!**

Die aktuelle Situation hat nichts mit dem „Bologna-Prozess“ zu tun und läuft diesem internationalen Abkommen, auf das sich so häufig bezogen wird, teilweise sogar zuwider. Die starke Modularisierung und Entwicklung zur Verschulung ist ein deutscher Sonderweg. **Deshalb ist der Urheber dieser von uns als Problem wahrgenommenen Veränderungen und der Adressat unserer Forderungen nicht die EU, sondern die Kultusminister und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), bzw. unser Rektorat, dass sich dort als unserer Repräsentant für ein Studium einsetzen sollte, das uns fördert und nicht krank macht.**

**Wenn das Rektorat nicht dazu in der Lage ist, diese Veränderungen selbstständig durchzusetzen, muss es den politischen Druck ausüben, der dafür notwendig ist, eine bessere Uni zu verwirklichen.**

# Forderungen

## 1. Chancengleichheit

- Abschaffung aller Studien- bzw. Verwaltungsgebühren
- Abschaffung aller „versteckten“ Gebühren im Studium wie den Kosten für Sprachkurse
- Ein bedingungsloses Bafög für alle
- Zugang zur Universität darf nicht von Abiturnote abhängig sein
- Masterplätze für alle Bachelor
- Nachweis von studienbezogenen Leistungen darf nicht an Kosten gebunden sein

## 2. Workload

- Wiedereinführung der Mittagspause.
- Abschaffung jeglicher Anwesenheitspflicht.
- Eine Verlängerung der Regelstudienzeit.
- Selbstbestimmung aller Abgabefristen.
- Abschaffung der Mindestanzahl von CPs für die Zulassung zur Bachelor/Masterarbeit.

## 3. Lehr- und Lernstruktur

- Gebt den Unis die Verantwortung für die freie Gestaltung ihrer Studiengänge zurück.
- Projektstudium.
- Die Promotion muss die erste Berufsphase bleiben.
- Mehr studienfreie Zeit
- Uneingeschränkte Fächerwahl.
- Die Abschaffung vorgefertigter Stundenpläne.
- Stärkere Gewichtung der Lehrkompetenz bei der Berufung von ProfessorInnen.

- Mehr Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Auslandssemestern.
- Bedingungsloses Auslands-BAföG.
- Eine bessere Einbindung des Auslandssemesters in den Studienablauf.
- Bedingungslose Anerkennung von im Ausland oder an anderen Hochschulen erbrachten Prüfungsleistungen

## **4. Finanzen**

- Mehr Investitionen für studentische Belange (weniger prestigeträchtige Investitionen ohne Nutzen für die Studierenden)
- Mehr Professoren, Dozenten und sonstige MitarbeiterInnen statt Stellenstreichungen. Mehr Geld für die Lehre.
- Abschaffung oder starke Reduzierung von Werbung an der Universität
- weniger Orientierung an Drittmitteln bei universitären Entscheidungen.

## **5. Infrastruktur**

- Mehr und besser ausgerüstete, für alle zugängliche Arbeitsplätze in der Universität.
- Besser funktionierende Prüfungsämter.

## **6. Ethik**

- Keine Rüstungsforschung
- Rücknahme der universitären Ehrung des Ehepaar Fuchs
- Kameraüberwachung
- Die Abschaffung der Mensacard

## **7. Mehr Mitbestimmung und demokratische Strukturen**

# 1. Chancengleichheit

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung schreibt: „Der 1999 gestartete Bologna-Prozess hat zu einer erfolgreichen Modernisierung der deutschen Hochschulen beigetragen.“

Was bedeutet hier Modernisierung? Wie es uns scheint die Anpassung an ein neoliberales System, dass die Weltwirtschaft gerade an den Rand des Abgrundes geführt hat. Doch wenn man sich den Bologna-Prozess einmal genauer anschaut oder auch eben nur die Zusammenfassung des Bundesministerium für Bildung und Forschung, bekommt man den Eindruck, dass dieser kaum etwas mit der derzeitigen Studiensituation zu tun hat.

„Chancengerechtigkeit und die Beseitigung von sozialen Hindernissen werden dort gefordert, während in der BRD Studiengebühren eingeführt wurden und werden.“

(<http://www.bmbf.de/de/3336.php>)

Wir fordern also im Sinne des Bologna-Prozesses:

**Abschaffung aller Studien- bzw. Verwaltungsgebühren Abschaffung aller „versteckten“ Gebühren im Studium wie die Kosten für Sprachkurse Ein bedingungsloses Bafög für alle**

Wir wollen hier feststellen, dass die Benotung durch unterschiedliche Lehrer an unterschiedlichen Schulen sehr subjektiv ist. Weiterhin gehen in diese Durchschnittsnote auch Fächer ein, die für das Studium eines bestimmten Faches vollkommen bedeutungslos sind. Davon abgesehen sichert uns unser Grundgesetz zu, dass wir den Beruf ausüben dürfen für den wir uns entscheiden. Somit darf der Zugang zur Ausbildung für den Beruf für den wir uns entscheiden nicht verwehrt werden. Denn egal was der Arbeitsmarkt fordert: Es ist unsere Entscheidung als volljährige Menschen, welchen Weg wir wählen. Um dies zu ermöglichen fordern wir Bund und Länder dazu auf, genug Mittel zur Verfügung zu stellen, um die zur Verwirklichung dieser Forderung erforderlichen Räumlichkeiten und Lehrkräfte an allen Universitäten und Hochschulen bereit zu stellen.

**Ein Zugang zur Universität darf nicht von der Abiturnote abhängig sein.**

## 2. Workload

Die momentane Studiensituation macht uns und unsere Mitmenschen krank. Dies ist im Gespräch mit unseren Kommilitonen evident und statistisch belegbar: Laut einer Statistik der psychologischen Beratungsstelle (Studierendenwerk) ist die Anzahl der Beratungskontakte von 2007 auf 2008 um 20,7% gestiegen, in Bremen sogar um 23,5%.

Unsere Gesundheit darf den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes nicht untergeordnet werden.

Bei der Abschaffung der Mittagspause wurde so argumentiert, dass durch Raumnot Studierende Veranstaltungen bis 22 Uhr besuchen müssten und dies untragbar sei. Nun ist es tatsächlich so, dass immer noch Veranstaltungen stattfinden die bis 22 Uhr dauern, mit dem Unterschied, dass nun die Möglichkeit besteht Veranstaltungen von 8 – 22 Uhr zu haben, nur eben ohne Mittagspause. Dies ist hoffentlich die Ausnahme. Aber auch ein 8 oder 10-Stunden-Tag ohne Mittagspause ist alles andere als förderlich für unsere Aufnahmefähigkeit. Kurzfristig und zur sofortigen Verbesserung der Studiensituation muss die Mittagspause wieder eingeführt werden. Dies würde den Tagesablauf aller so verändern, dass die hohe Belastung durch Veranstaltungen im Akkord gemindert wird und eine Atmosphäre entsteht, in der tatsächlich gelernt werden kann. Eine Atmosphäre also, in der man auch mal abschaltet und mit

FreundInnen reflektieren und Spaß haben kann. Einen Tagesablauf, in dem man sein Essen nicht gehetzt hinunterschlingen muss.

**Wir fordern: Die sofortige Wiedereinführung der Mittagspause**

Weiterhin sind wir, die Studierenden, erwachsene Menschen und dazu in der Lage unser Studium zu bewältigen und ohne Zwang selbstbestimmt für Anwesenheit in unseren Veranstaltungen zu sorgen. Das Rektorat suggerierte in der Öffentlichkeit die Abschaffung der Anwesenheitslisten durchgesetzt zu haben. Die Realität sieht anders aus. Noch immer haben Studierende in vielen Vorlesungen und Seminaren Anwesenheitspflicht, werden dadurch entmündigt und in der freien Gestaltung ihres Studiums gehemmt. Wir fordern das Rektorat und die Fachbereiche dazu auf, mit Nachdruck auch einzelne Dozenten zur Abschaffung der Anwesenheitslisten zu bewegen.

**Wir fordern: Die Abschaffung jeglicher Anwesenheitspflicht**

Eine Zulassung zum Master sollte unabhängig von Notendurchschnitt bedingungslos möglich sein. Zudem hat das Erreichen eines universitären Abschluss in der BRD vor dem Bachelor immer mindestens 9 Semester gedauert. Der B.A., trotz sich immer wiederholender gegenteiliger Versicherungen, auf dem Arbeitsmarkt nicht akzeptiert und qualifiziert in vielen Fällen auch nicht für diesen.

**Wir fordern: Masterplätze für alle Bachelor**

Für die Zulassung zu zahlreichen Studiengängen ist der Nachweis einer bestimmten Sprachkompetenz gefordert. Diese Nachweise müssen durch bezahlte Tests erbracht werden: Ein weiteres Beispiel wie Dienstleistungen der Universität, welche für ein Studium notwendig sind, immer häufiger umstrukturiert werden, so dass sie finanziell von den StudentInnen getragen werden müssen. Deshalb:

**Der Nachweis von studienbezogenen Leistungen darf nicht an Kosten gebunden sein**

### **3. Lehr- und Lernstruktur**

Vor der Bachelor/Masterumstellung waren die Professoren uniintern für die jeweilige Gestaltung ihres Studienganges zuständig. In Folge der Umstellung wurden sogenannte "Akkreditierungsagenturen" gegründet, die unter Aufsicht des von den Kultusministern der Länder und Hochschulrektoren eingesetzten Akkreditierungsrats alle Studiengänge begutachten und über ihre Zulassung verfügen. Sie entscheiden somit über Dauer, Lernpensum und Ausstattung der Studiengänge und unterliegen dabei den Vorgaben der Kultusminister. Nun sollen genau diese Agenturen Änderungen am System vornehmen, das sie selbst beschlossen haben. Bernhard Kempen, Präsident des Hochschulverbandes äußert sich hierzu auf [spiegel-online.de](http://spiegel-online.de) am 8.12.2009 folgendermaßen: *„Die Akkreditierungsagenturen sind Mitschuld an der mangelnden Studierbarkeit -und die Kultusminister wollen sie nun damit beauftragen, genau diese zu überwachen. Da wird der Bock zum Gärtner gemacht. Wir fordern die Politik auf, den Akkreditierungszwang abzuschaffen. Diesen Unsinn brauchen wir nicht mehr.“*

Auch wir fordern:

**Gebt den Unis die Verantwortung für die freie Gestaltung ihrer Studiengänge zurück. Professoren und Studenten, die mit den individuellen Bedürfnissen ihres Studienganges vertraut sind, können am besten entscheiden was und vor allem wie effektiv und optimal gelehrt und gelernt werden kann.** Eine Qualitätsbeurteilung muss über die Meinung von involvierten Lehrenden und Studierenden erfolgen. Weiterhin kostet diese „Akkreditierung“ viel Geld das in Forschung und Lehre investiert werden könnte und sollte.

**Wir fordern ein Projektstudium**, also ein die Selbständigkeit förderndes, wissenschaftliches Arbeiten an Stelle von auswendig lernen und Multiple-Choice-Klausuren.

Der Bologna-Prozess schließt nach der Folgekonferenz in Bergen die Promotion als dritte Phase der studentischen Ausbildung mit ein. Es werden Promotionsstudiengänge entwickelt, die zu einer stärkeren Verschulung führen. Statt wie bisher hauptsächlich praktisch zu arbeiten und so weitere Qualifikationen zu erwerben und Forschungen betreiben zu können, zeichnet sich ab, dass Promovierende wie Studierende weiterhin Hörsaalbänke drücken sollen.

**Die Promotion muss die erste Berufsphase bleiben**

Vorlesungsfreie Zeit muss auch zur Erholung dienen können. Prüfungen und Praktika müssen auch nach den Bedürfnissen der Studenten abgestimmt werden. Die vorlesungsfreie Zeit ist bereits im Voraus von der Uni verplant. Neben verpflichtenden Praktika liegen übermäßig viele Prüfungen in den „Semesterferien“, welche die Bezeichnung „vorlesungsfreie Zeit“ euphemistisch erscheinen lassen. Denn freie Zeit bleibt kaum, weder um zu arbeiten noch für Erholung und persönliche Bildungs-, Forschungs- und Entfaltungsmöglichkeiten.

**Wir fordern daher: Eine Studien-freie Zeit**

Alle Fächerkombinationen bei Neben-und Anwendungsfächern sowie im Bereich der General Studies bzw. Schlüsselqualifikationen sollen zugelassen werden. Weg von einer Ausrichtung des Studiums nach wirtschaftlichen Interessen. Das Studium soll wieder Zeit und Raum für geistige Entwicklung und persönliche Erfahrungs-und Reifungsprozesse bieten.

**Wir fordern: Uneingeschränkte Fächerwahl**

Das eng umrissene Curriculum lässt Studierenden kaum Möglichkeiten zur interdisziplinären Ergänzung ihrer Bildungsbiografie. Wir wollen Seminare und Vorlesungen, die kritisches Denken fördern, statt einer Massenabfertigung, die uns zu Fachidioten macht.

**Wir fordern: Die Abschaffung vorgefertigter Stundenpläne und tatsächliche Wahlmöglichkeiten**

Die Berufung von Lehrkräften muss mehr auf didaktischen Fähigkeiten beruhen. Wir brauchen keine ProfessorInnen, die zwar fachlich kompetent sind, ihr Wissen aber nicht vermitteln können. Das Bremer Hochschulgesetz schließt die Berücksichtigung pädagogischer Fähigkeiten bei der Berufung von Lehrkräften mit ein. In so mancher Veranstaltung fragt man sich jedoch, inwieweit dieses Auswahlkriterium wirklich ausschlaggebend ist.

**Wir fordern: Eine stärkere Gewichtung der Lehrkompetenz bei der Berufung von ProfessorInnen**

*„Ziel des Bologna-Prozesses ist es, dass Europa durch die Einführung eines gestuften Studiensystems aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen, die Einführung und Verbesserung der Qualitätssicherung sowie die Steigerung der Mobilität im Hochschulbereich stärker zusammenwächst“*, so das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Doch bereits bei der Anerkennung von Leistung während eines einzigen Auslandssemesters scheitert das neue System beispielhaft. Hinzu kommt, dass vielen Studierende der Zugang zu einem Auslandsaufenthalt erschwert bzw. unmöglich gemacht wird. Selbst in Studiengängen wie English Speaking Cultures, in denen von den Studierenden ein verpflichtendes Auslandssemester gefordert wird, sind die Plätze im ERASMUS-Programm extrem begrenzt.

**Wir fordern deshalb: Mehr Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Auslandssemestern Bedingungsloses Auslands-Bafög Eine Bessere Einbindung des Auslandssemesters in den Studienablauf**

Das Problem der Vergleichbarkeit von Studienleistung und Abschlüssen betrifft nicht nur Universitäten in verschiedenen Staaten. Bereits national ist ein Vergleich der Universitäten bzw. von Studienleistungen, als ein primäres Ziel des Bologna-Prozesses, kaum möglich. Ähnliche Veranstaltungen werden in verschiedenen Unis mit unterschiedlicher Anzahl von CreditPoints vergütet. Hieraus ergibt sich, im Falle eines Studienortswechsel fast zwangsweise eine Verlängerung des Studiums, welcher doch gerade durch die Hochschulreform entgegengewirkt werden sollte.

**Unsere Forderung ist deshalb: Bedingungslose Anerkennung von im Ausland oder an anderen Hochschulen erbrachten Prüfungsleistungen**

## 4. Finanzen

Es wird bei Verbesserungsvorschlägen zu der Lehre an der Universität Bremen immer wieder auf fehlende finanzielle Mittel hingewiesen. Trotzdem stehen für viele Projekte horrenden Summen zur Verfügung. Neben all den Vor- oder Nachteilen, die ein Campuspark mit sich bringen wird, bleibt es fragwürdig, dass hierfür 1.24 Mio. Euro bereitgestellt werden, während es den StudentInnen an grundlegender Ausstattung fehlt. Der Campus benötigt weder eine höhere „Standortbindung“ noch einen „Beitrag zum Standortmarketing“, wie es der Bremer Senat im Juni 2008 bezeichnete. Der Campus benötigt Investitionen, die Studium und Lehre verbessern, keineswegs strittige Veränderungen am äußeren Erscheinungsbild. Im selben Licht steht der Umbau des MZH, in dessen Zuge ein repräsentativer Eingangsbereich errichtet wurde. *Für ca. 3.5 Mio. Euro, welche eher zur Verbesserung der Studiensituation hätten genutzt werden können und sollen.* Blickt man weiter zurück, so kann man sich an die Errichtung der Glashalle erinnern, bei der Geld für ein, zugegeben vielfach ausgezeichnetes, Gebäude investiert wurde, das heute nur noch bemerkt wird, wenn mal wieder von oder zu der Bahn gehetzt wird. Studentische Interessen scheinen bei den Investitionen der Bremer Senatorin für Bildung und Wissenschaft keine Rolle zu spielen.

**Wir fordern: Mehr Investitionen für studentische Belange (weniger prestigeträchtige Investitionen ohne Nutzen für die Studierenden)**

Während die Uni für ihre Studiengänge wirbt und die Zahl der Studierenden weiter steigt, werden immer mehr Lehrstellen gestrichen. Seminare erreichen immer häufiger die Teilnehmerzahlen von Vorlesungen. Raum und Zeit für Fragen und individuelle Betreuung ist kaum vorhanden. Das Rektorat sollte sich dafür einsetzen, dass Gelder aus den öffentlichen Haushalten für studentische Belange genutzt werden können.

**Wir fordern: Mehr Professoren, Dozenten und sonstige MitarbeiterInnen statt Stellenstreichungen. Mehr Geld für die Lehre.**

Werbung an der Universität ist ein allgegenwärtiges, jedem bekanntes Phänomen. Es werden vermehrt Wände und sogar Treppenstufen an externe Organisationen vermietet und so Raum für studentische Entfaltung genommen. So wurden Kunstwerke von StudentInnen der Kunstpädagogik vernichtet, weil sie an einer vermieteten Wand des GW2 ausgestellt wurden. Dieses Beispiel zeigt, dass im Zweifelsfall der Wert von Drittmitteln über die Interessen der StudentInnen gestellt wird. Dies ist grade an einem Ort, der den Großteil des studentischen Lebens ausmacht untragbar.

**Wir fordern deshalb: Abschaffung oder starke Reduzierung von Werbung an der Universität Weniger Orientierung an Drittmitteln bei universitären Entscheidungen**



## 5. Infrastruktur

Weil es unzumutbar ist, für Gruppenarbeiten z.B. im Treppenhaus des GW2 sitzen zu müssen, brauchen wir mehr Arbeitsräume. Neben mehr Steckdosen für Laptops muss auch die Zahl der allgemein zugänglichen PCs am Campus erhöht werden. In der heutigen Zeit muss der PC-Zugang zu Arbeitszwecken für jeden Studenten gewährleistet sein.

**Wir fordern: Mehr und besser ausgerüstete, für alle zugängliche Arbeitsplätze in der Universität.**

Dies umfasst mehr Personal, um die persönliche Betreuung der StudentInnen zu verbessern und längere/häufigere Öffnungszeiten zu ermöglichen. Zudem ein zuverlässig und flexibel funktionierendes Pabo, mit längeren Anmeldephasen für die Prüfungen. Auch muss die ineffektive Vielzahl an unterschiedlichen bürokratischen Verfahren für Prüfungsanmeldungen abgeschafft werden.

**Besser funktionierende Prüfungsämter**

## 6. Ethik

Aus dem Beschluss Nummer 5757 des Akademischen Senats :

*"Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung beziehungsweise Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können."*

Wir fordern die Umsetzung dieses Beschlusses. Also:

**Keine Rüstungsforschung an unserer Universität Die Rücknahme der universitären Ehrung des Ehepaar Fuchs**

Der Rektor bot bei seinem „offenen Dialog“ am Mittwoch, den 25.11.2009 ein Gespräch zur Rüstungsforschung an unserer Universität an. Als er gefragt wurde ob er, wenn die gesamte Studierendenschaft fordern würde die Ehrung der Familie Fuchs (die in der Raumfahrttechnikentwicklung verwickelt ist, welche zu militärischen Zwecken genutzt wird) wieder abzuerkennen, dies in Betracht ziehen würde, verneinte er bedauerlicher Weise.

Seit einigen Jahren gibt es an der Universität Überwachungskameras im SFG, MZH und im großen Hörsaalgebäude (Keksdose). Ob, wann und weswegen man gefilmt wird, ist völlig unklar. Gleichzeitig kontrollieren Sicherheitskräfte Räume, Inventar und studentisches Verhalten.

**Die Uni soll ein freier Ort der Bildung sein. Überwachung jeglicher Art hat hier nichts zu suchen.**

Da die Mensacard als personalisiertes Bezahlungssystem nur die Tendenzen des Überwachungsstaats reproduziert, darf sie an der Universität keinen Platz haben. Als kurzfristige Lösung bietet sich hier an, die Alternativen zur Zahlung mit der Mensacard vermehrt anzubieten. Das bedeutet: Mehr Bargeldkassen in der Mensa, mehr für Bargeldzahlung zugängliche Kopierer auf dem Campus und Münzbezahlung für die Waschmaschinen. Langfristig muss aber als Alternative zum jetzigen Mensacard-System ein weiterhin bargeldloses, aber nicht personalisiertes Zahlungsmittel, angeboten werden.

**Wir fordern: Die Abschaffung der Mensacard**

## **7. Mehr Mitbestimmung und demokratische Strukturen**

Die Teilnahme jedes einzelnen Menschen an unserer Gesellschaft ist essentiell, damit diese als Demokratie funktioniert. Es kann nicht sein, dass die Bildungsinstitutionen der BRD eine solche Teilnahme nicht zulassen und wir stattdessen vom Eintritt in den Kindergarten bis zum Erhalt eines für die Ausübung eines Berufes befähigenden Abschlusses in fast ausschließlich autoritär organisierten Strukturen leben und lernen. Diese Form der „Bildung“ untergräbt unsere Demokratie. Deshalb fordern wir von den derzeitigen Entscheidungsträgern in der Politik die Errichtung von demokratischen Strukturen in allen Bildungsinstitutionen, um dort die Werte unserer Gemeinschaft als Menschen nicht nur anzusprechen, sondern diese auch zu praktizieren. Mehrere alternative Modelle für die Universität Bremen werden derzeit im Plenum diskutiert.

Diese Forderungen wurden am 24.11.2009 von vielen hundert Studierenden der Universität Bremen bei einem offenen Plenum zusammen getragen. Über die folgenden Wochen wurden diese Forderungen ergänzt und ausgearbeitet.

Für weitere Vorschläge, Ergänzungen und Anregungen:

[info.studiprotest\\_bremen@yahoo.de](mailto:info.studiprotest_bremen@yahoo.de)

Alle Informationen unter:

bremenbrennt.de